

# Der Grundriß

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksverbandes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachdeckerbetrieben, in der Rachehofen- und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Flotter, Fliesenleger, Ofen- und Scheibentüpfelern und Terrazzoarbeiter

Erscheint in 8 wöchentlich Sonnabend-Nummern. Preis: 1,- Reichsmark (einschl. Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Ablasses Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund

Berlin G 23 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 20 20 21 7 6 5 0, 7 6 5 0, 6 2 1 0. Postfach. Berlin 65 2 3 2.

Verantwortlicher: Arbeiter, Angestellten und Beamten, Deutscher Bauwerksbund, Zentral-Verwaltung, nach Tarif durch „Werbe“, Berlin G 23 1 1.



## Das Lechtelmechtel der Reaktion. Macht einen Strich durch die Rechnung!

Die politische Lage in Deutschland hat sich in den letzten Wochen geändert. Das Bündnis zwischen den Männern vom Deutschen Herrenklub, dem Reichskabinett und den Tagelöhnlern ist offenbar geworden. Auf Wunsch der Hitler, Strasser und Rössen hat man zunächst einen zwangsweisen Eingriff in die Frage der preussischen Ministerpräsidentenwahl zurückgestellt und bis nach der Reichstagswahl verschoben. Und das unter Mitwirkung des Deutschen Herrenklubs zustande gekommene Reichskabinett der Barone und Freierherren stellt sich in seiner Position so sicher, daß einer dieser Herren nach seiner Ernennung durch Hindenburg unverzüglich sagen konnte, er rechne damit, daß dieses des Vertrauens der Volksmehrheit entsprechende Reichskabinett mindestens vier Jahre amtierend werde...

Das war allerdings etwas unvorsichtig aus der Schule geplatzt. Denn was bedeutet das alles? Nichts anderes, als daß die Nazi-Partei, die da hofft, mit ihren deutschen nationalen Soldaten nach der Reichstagswahl am 31. Juli im Reichstag die Mehrheit zu haben, versprochen hat, dann das Kabinett der Freierherren und Barone freundschaftlich zu tolerieren. Als Gegenleistung verlangte sie außer der Aufhebung des Uniformverbots und der Reichstagsauflösung die Zusage, daß ihr

**in jenen Ländern, wo verfassungsmäßig die Wahl eines Ministerpräsidenten nicht zustande kommen kann, die Regierung aus-geliefert**

wird. Also ein niedliches Lechtelmechtel, durch das jeder nach dem Prinzip „Zelle und Herrsche“ auf seine Rechnung zu kommen hofft. Eine Rechnung, die die Gesamtherrschaft im Reich und in den Ländern der finsternen Reaktion aus-liefert...

Einige hervorragende Mitglieder des Herrenklubs, Rosenberger und von Gleichen, auch alle sonstigen Beobachtungen haben bestätigt, daß dieser Pakt tatsächlich geschlossen wurde. Die Rundschreiben aus jenem Lager, die der demokratische Zeitungsdienst kürzlich veröffentlichte, sind fatal für den Herrenklub, fatal für das Reichskabinett, äußerst fatal für den politischen Desperado Hitler und seine Gefolgschaft adliger und schwer-industrieller Couleur. Gewiß, man (schweigend) sich nunmehr in reaktionären Lager über diese interessanten Dinge aus und glaubt, durch diese Wanzentafel die Wähler und Wählerinnen täuschen zu können. Aber das gibt es nicht, meine Herrschaften! Auch wenn ihr tausendmal eure Wanzentafel anwendet, auch wenn sich die Nazi-Partei noch so scheußlich gebildet und die hohe Eintracht mit dem Kabinett der Barone und Freierherren abzuliegen versucht:

**Hitler und seine volksverräterische Gefolgschaft sind entlarvt!**

Und kein Zeitungsvorbehalt, keine spitzfindigen Ablehnungs-verseuche werden uns davon abhalten, dieses Lechtelmechtel der geeinten Reaktion dem deutschen Volk immer wieder und wieder in die Ohren zu schreien! Die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei toleriert das ohne Volks-vertrauen regierende Reichskabinett, sie toleriert die ver-dächtige Notverordnung dieses Kabinetts, sie wirkt für die egoistischen Interessen der Schwerindustriellen und der Großagrarier! Herr Rosenberger hat ja schwarz auf weiß be-schwiegen, das Kabinett Papen-Schleicher werde bei der Wahl am 31. Juli keine fragwürdige Mehrheit finden, und deshalb werde für diese Regierung die Wirtschaft poli-tisch und gesellschaftlich einflußreicher stellen, wie sie die Sozialdemokratischen in Lande darstellen, ganz be-sonders notwendig sein. Und Herr von Gleichen schrieb am 8. Juni, das neue Kabinett werde nicht nur von den Nazis toleriert, sondern es habe auch die aus-drückliche Zustimmung des Führers. Unter „Führer“ versteht man im Jargon jener Kreise Hitler. Und Herr von Gleichen sagte weiter, das Reichskabinett sei kein Übergangskabinett, es verbleibe auch nach der Reichstagswahl im Amte, jedoch würden dafür den Nazis die Länder überlassen. Auch wegen Preu-ßen beständen Abmachungen über die Einsetzung eines „bewährten“ Mannes als Ministerpräsident oder als Reichskommissar, ferner wegen

**der Umorganisierung der inneren Verwal-tung unter starker Mitwirkung der nation-alsozialistischen Kräfte.**

Das alles ist sehr deutlich. Es kennzeichnet den bedroh-lichen Ernst der Lage. Die bisherigen Vorgänge in Deutsch-land geben in allen Punkten diesen Ausführungen der Männer vom Herrenklub recht, sie bestätigen in geradezu glänzender Weise deren Darlegungen!

Arbeiter und Arbeiterinnen und alle, die ihr noch einen Funken freiherrlichen Geistes in eurem Busen verspürt: Seht diesen sauberen Abmachungen euren geeinten Kampfes-, Freiheits- und Fortschrittswillen entgegen! Trotz aller schandbaren Ablehnungs-verseuche ist nunmehr die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei entlarvt! Sie ist

**entlarvt als die Schutztruppe der Schwer-industrie und der Großagrarier zur Ver-klammerung der Arbeiterklasse!**

Sie ist entlarvt als der losgelassene Keilhund der kapitalistisch-imperialistischen Reaktion. Um ihre Mitbeteiligung an der politischen Macht, um den Preis vieler tausendlicher Futurkerippen hat die Nazi-Partei das deutsche Volk verkauft und verraten! Die Nazi-Partei ist voll verantwort-lich für die Taten der Papen-Regierung! Sie ist verant-wortlich für die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 23 bis 50%! Sie ist verantwortlich für die Kürzung der Krisenunterstützung um 10%! Sie ist verantwortlich für die Kürzung der Wohlfahrtsunterstützung um 15%! Sie ist verantwortlich für die Kürzung der Invaliden-, der Unfall- und Angestelltenrenten! Sie ist verantwortlich für die Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten!

Kollegen des Bauwerksbundes! Arbeiterinnen in Stadt und Land! Bringt diese Wahrsagen überall an die Wählermassen! Wiederholt sie immer wieder! Drückt immer und immer wieder der Nazi-Partei das Brandmal des Volksverrats und des Volksverrats auf!

Außer dem verlinkenden Mittelstand und dem Morgen-lust wirkenden Besitzenden haben bei den letzten Wahlen auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen der Nazi-Partei

ihre Stimmen gegeben. Wir müssen den Mittelschichten und der Arbeitererschaft die Augen öffnen! Wir müssen ihnen sagen, daß es Selbstmord wäre, wenn sie der Hitler-Partei ihre Stimmen zuwenden würden. Hitler samt seinen Prinzen, Fürsten, Grafen, Generalen und Baronen hat der Regierung der Barone einen Freibrief ausgestellt, um den „Wohlfahrtsstaat“ abzubauen, der mit Mühe und Not seit 1918 errichtet worden ist. Hitler und seine Gefolgschaft wollen, daß Deutschland

**wieder wie vor 1918 der Wohlfahrtsstaat der Besitzenden, bankrotter Großgrundbesitzer, Großindustrieller und Bankfürsten**

werde. Die Schaffenden in Stadt und Land sollen in die Arbeitskammer des Dritten Reiches gesperrt werden. Die durch die Regierung einzuführenden Sklavengesetze aus den SA-Formationen sollen über das arbeitende Deutschland die Peitsche schwingen. Das Volk soll nur noch wie früher das Objekt jeder Politik sein. Es soll in jeder Weise rechtlos sein. Zu müssen folgamen Hundes soll das deutsche Volk herabgewürdigt werden.

Männer und Frauen Deutschlands! Das darf nie und nimmer geschehen! Legt am Tage der Reichstagswahl ein feierliches Bekenntnis ab zum wahren Sozialismus, wählt sozialdemokratisch, und jagt damit den mittel-alterlichen Spuk der Reaktion, jagt ihre Kettenhunde, die sich das volksfeindlich schillernde Mantelchen einer nation-alistischen Arbeiterpartei umgehängt haben, um das Volk nur um so sicherer bestören zu können, wohin sie gehören: Zum Teufel! Stimmt geschlossen für die

**Sozialdemokratische Partei!**

### Hitlers Arbeitszuchthaus.

Ein günstiger Wind blies uns das Manuskript eines Vortrages auf den Redaktionsstisch, den der Nazi-Oberst Konstantin Hierl, über „Einn und Gestaltung der all-gemeinen Arbeitsdienstpflicht“ auf einer Veranstaltung der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht (RADW.) hielt. Hierl trug im wesentlichen Bekanntes vor. Immer wieder dieselben „Gedanken“, die dem Versuch dienen, militaristische und militarische Bestrebungen in zivilen Formen erneut zu verwirklichen. Der Gedanke der Arbeits-dienstpflicht, dessen schärfster Verfechter die Nationalsozialisten sind, beruht lediglich auf Zwang. Strengste Strafen sind für Widerpenfliche vorgesehen. Wirtschaftlich gesehen ist die Arbeitsdienstpflichtliche der geistige Bankrott des Nationalsozialismus vor wirtschaftlichen Problemen, bevor er überhaupt zur Macht gelangt ist. Mit der Arbeitsdienst-pflicht will Hitler die Arbeitslosigkeit beseitigen! Und das

in einem Lande, in dem es nicht etwa an Arbeitern mangelte. Arbeitsfreie Menschen gibt es Millionen. Trotzdem ist die Frage, weshalb die Nazi-Führer die Arbeitsdienstpflicht einführen wollen, kein Geheimnis:

Die Nazis wollen die Arbeiterschaft niederdrücken zur höheren Ehre des Kapitalismus!

Deutschland soll ein einziges Arbeitszuchthaus, eine nation-alistische Kaserne für Arbeitsknechten werden. Die früher den „gemeinen Mann“ aus dem Volke beim preußischen Kommissar gefunden haben, wollen wieder den Ton angeben!

In seinen Vorträgen arbeitet Nazi-Hierl mit hoch-trabenden Begriffen und mit einem geistigen Handwerks-zeug, das diesem Militär sehr schlecht steht. „Wir sind ein armes, notleidendes Volk geworden“, sagt er. Aber der gleiche Nazi geniert sich nicht, von diesem armen Volk dicke Pensionen anzunehmen, und einer Partei anzugehören, die eine Regierung toleriert, die den Arbeitslosen, den Rentenbezieherinnen und den Kriegrentnerinnen ihre Bezüge bis zu 50 % genommen hat. Wir sind wahrhaftig ein armes Volk geworden! Aber leider ist immer noch so viel Geld da, daß Fürsten und Generale, ja selbst solche Leute, die für den Niederbruch Deutschlands insolge seiner militärischen Nieder-lage verantwortlich zu machen wären, immer noch Pensionen in einer Höhe beziehen, die selbst in den Siegerländern nicht gezahlt werden. In den Vorträgen Hierls schwirren autarkistische und autarkistische Gedanken neben allgemein arbeiterfeindlichen Gedanken durcheinander: alles eingehüllt in einem Wust von Schlagworten. „Der Name „Arbeiter“ soll ein „Ehrenkittel“ werden!“ Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß in den Kreisen, denen Hierl entstammt, die Namen Arbeit und Arbeiter höchst gesellschaftsunfähig waren. Ein Adliger etwa, der sich entschloß, einen Beruf zu ergreifen, in dem er wirklich arbeitete, sei es auch ein geistiger Beruf, wurde von dieser Clique als standesunwür-dig ausgeschlossen. Und wurden nicht gewisse Soldaten zum „Arbeitsknecht“ degradiert? Der Begriff „Arbeiter“ ist schon längst ein Ehrenname! Dazu hätten ihn auch nicht Leute machen können, die weder den Begriff „Arbeiter“ noch die damit verbundene Arbeit selbst kennengelernt haben!

### Die Sklavenermee des Dritten Reiches.

Das ist aber auch gar nicht nötig. Denn die Arbeits-dienstpflicht soll nach Hierl den Weg zur allgemeinen Dienstpflicht freimachen helfen:

„Zwischen die allgemeine Schulpflicht und die unbedingt wiederzufordernde allgemeine Wehrpflicht soll als Ver-bindungsglied die allgemeine Arbeitsdienstpflicht treten.“

Vorläufig verzichtet Hitler noch auf den

Arbeitsdienst der Frauen.

Aber auch dieser soll kommen! Ebenfalls ver-zichten sie darauf, daß die „Kinder Israels“ Arbeits-



# Frauen, her zur Eisernen Front!

Die Eisernen Front führt den Kampf um Freiheit und Recht.

In allen Kämpfen, die die Arbeiterschaft zu führen hatte, war unser Platz an der Seite der Männer. Das ist jetzt notwendiger denn je! Die politische Freiheit, das höchste Gut eines Volkes, ist bedroht. Politischer Terror und rote Gewalttaten machen sich auf der Straße und im Versammlungsleben breit.

Deutschland hat eine Regierung der Grafen, Barone, der Militärs und Industrieller. Sie wird von der Nazi-Partei toleriert. Diese Regierung mag sie sehr schnell wahr, was sie angekündigt hatte. Sie will nicht den „Wohlfahrtsstaat“, weil nach ihrer Meinung Ankerstützen an Arbeitslose und Sozialrentner, die diese vor dem Verhungern schützen sollen, „demoralisierend“ wirken.

Man nimmt der Arbeiterklasse ihr soziales Recht, auf das Verfassung und Leistung ein Ansrecht zu geben.

Warum?

Weil dieses soziale Recht die Arbeiterschaft wirtschaftlich und moralisch für ihren Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion stärkt und sie widerstandsfähiger in der Abwehr macht.

Die Regierung der Barone will mit der Unterstützung der Nazis unter ausdrücklicher Billigung des Herrn Hitler eine Armee von Sklaven züchten, die sie willkürlich dem Linterneuertum in der Stadt und auf dem Lande ausstößt.

Das ist der Traum der Reaktion seit alter Zeit, den die Herren mit Hilfe der Nazis jetzt wieder zu verwirklichen suchen. Und die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ fleht schmerzvoll zu: Sie hat ja den ersten Preis, die Reichsführerschaft und die Unterstützung der Hitlerischen Privatarmee, bereits in der Tasche. Was kümmert sie die Unterstützung der Arbeiterklasse? Was kümmert sie die Unterstützung der Arbeiterklasse? Sie stampfen, angehen mit ihren Anordnungen, durch die Straßen.

Statt Arbeit und Brot, die sie euch versprochen haben, terrorisieren sie jeden Andersdenkenden und bringen Deutschland immer tiefer ins Elend.

## Merkt ihr jetzt, ihr Frauen, um was es geht?

In der Demokratie liegt auch eure politische Freiheit unschlossen. Das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klasse bedeutet aber auch für die Zukunft: Arbeit und Brot, die kulturelle Gestaltung unseres Lebens, das Glück unserer Familie, die Zukunft unserer Kinder, unsere, der Frauen, soziale und rechtliche Stellung im Staat und in der menschlichen Gesellschaft.

## Ihr Hausfrauen und Mütter, ihr berufstätigen Frauen! Um euer Schicksal geht es!

Die soziale Entrechtung in der Erwerbslosenversicherung bedroht euch als Hausfrauen und als Berufstätige! Die generelle Schmälerung der Bezüge in der Renten- und Wohlfahrtsunterstützung zeigt, daß man die arbeitende Klasse mit Vetteilnehmigen abspülen will. Aus dem Rechtsanspruch soll das Almosen werden. Wo Gewalt und Terror die vorherrschenden Elemente des politischen Lebens werden, da ist kein Platz für die Beachtung menschlicher Würde!

Wir Frauen der Arbeiterklasse bilden von jeher eine Schicksalsgemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung.

Wir Frauen protestieren gegen die Mordmethoden brauner Terrorbanditen.

Wir Frauen stellen uns an die Seite unserer Männer, weil uns das Solidaritätsgefühl mit der kämpfenden Arbeiterklasse verbindet. Wir kämpfen gegen den Faschismus, für die Freiheit.

Wir kämpfen gegen den Kapitalismus, für den sozialistischen Staat aller arbeitenden Menschen.

## Frauen, her zu uns!

Kämpft mit uns in den Reihen der Eisernen Front! Auf jede einzelne kommt es an.

# Freiheit!

Frauenbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiterinnensekretariat des ADGB.

Die Frauen des NSa-Bundes.

Frauenauschuss der Zentralkommission für Arbeitersport.

dienstpflichtig stellen. Sie sollen sich mit einem Zuschlag zur Einkommensteuer vom Arbeitsdienst befreien. Das beim alten Heer ebenfalls wieder eingeführt werden. „Aerzte, Ingenieure und Techniker sowie Angehörige sonstiger Berufe werden nach einem Jahr beurlaubt und das zweite Jahr später als Spezialisten abbedient wird, wird in höherer Charge abgedient und entspricht etwa den früheren Lehren der Reserveoffiziere. Es sollen „Arbeitsverbände“ gebildet werden, deren unterste die „Arbeitsabteilung“ ist. Die Stärke einer Arbeitsabteilung soll aus einem Führer, einem Stellvertreter, einem Verwalter, einem Quartiermeister, einem Zeugmeister, einem Sportwart, 15 Truppführern, einem Heilgehilfen, 20 Vornännern, 4 Spielern und 170 Reichsarbeitern bestehen; zusammen also aus 216 Köpfen. 10 bis 15 solcher Arbeitsabteilungen sollen eine „Arbeitsgruppe“ bilden, die einem Kommandeur unterstellt wird. Dem Gruppenchef sollen angehören: Ein Stellvertreter des Kommandeurs, drei Gehilfen, darunter ein Leiter des „staatsbürgerlichen“ (!) Unterricht, ein Lehrer für Lebensübungen und das nötige, „möglichst beschränkte Personal“. Zum Gruppenchef kommen dann noch ein Gruppenarzt mit Hilfsärzten, mehreren Heilgehilfen, ein Kasfen- und ein Wirtschaftswalter. 10 bis 15 Arbeitsgruppen sind zusammenzufassen zu einer Arbeitsinspektion, an deren Spitze ein Inspekteur steht. Der Inspekteur hat wiederum einen Stab Mitarbeiter. Die Stärke einer Inspektion soll bis 30000 Mann betragen; dementsprechend ist das Reich in 30 Inspektionsbezirke (Arbeitskreise) eingeteilt. An der Spitze des Arbeitsdienstes soll der Reichsminister für Arbeitsdienst stehen. Da dieser aber selbst im Dritten Reich kein Allermenschen sein kann, sollen ihm 3 bis 4 Generalinspektoren beigegeben werden. Die Einberufung zu diesem Arbeitszuchtshaus soll

„unter Anlehnung an bewährte Muster der Vorkriegszeit“  
gesehen.

## „Volk ohne Raum“ mit dicken Pensionen.

Da wir „bekanntlich“ das „Volk ohne Raum“ und die „Großstädte Grabstätten des Volkstums und Bruffstätten des Volkstums“ sind, wir aber im Osten „Räume ohne Volk“ haben, soll der Arbeitsdienst besonders im Osten zunächst des Großgrundbesitzes eingesetzt werden. Selbstverständlich soll „starke Sucht und Ordnung, Pflicht- und Ehrgefühl“ herrschen; denn „das deutsche Volk ist nicht mehr das Deutschland Erbergers und Streifemanns“. Den Widerstand im Innern Deutschlands gegen „die Arbeitsdienstpflicht glaubt hier brechen zu können“. Das Widerstreben der Kommunisten — so sagt hier! — ermangelt der Folgerichtigkeit; denn im kommunistischen Musterstaat Sowjetrußland besteht bekanntlich ein Arbeitszwang, der einem Sklavendienst ähnelt.“ Schon am Tage ihrer Musterung unterstehen die Arbeitsdienstpflichtigen den für den Arbeitsdienst geltenden Befehlen. Alle die in Wort, Schrift oder Bild oder in anderer Weise den Arbeitsdienst verächtlich zu machen oder herabzumündigen suchen, sollen mit Gefängnis bestraft werden. Wer einen Arbeitsdienstpflichtigen anreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten, oder eine Widerständlichkeit, eine Gehoramsverweigerung, eine Meuterei oder eine Werkstörung zu begehen, soll mit Zuchthaus bestraft werden. — Das ist die zivile Kriegsgesetzbarkeit des Dritten Reiches! Die Nazis kommen in jeder Hinsicht dem Allpreußentum nahe, sie übertrumpfen es! Von ihm haben sie auch die Heuchelei geerbt. „Wir brauchen uns unserer Armut — so meint hier! — nicht zu schämen. Wir wollen sie fragen wie eine

## Wo die Nazis herrschen, regieren die Barone, hungern die Arbeitslosen

Königskrone.“ Eine Königskrone der Armut, die mit fettem Pensionsbezug verbunden ist, ist ja immerhin erträglich.

Das deutsche Volk hat in diesem Monat eine gute Gelegenheit, sich auch über Hitlers „junge Arbeitergarde der deutschen Nation, die von den Blicken der deutschen Männer und Frauen wohlgefällig begleitet werden“, weislich hörbar zu äußern. Es muß sich bestens bedanken dafür, daß Hitler „die Vorziehung spielt, die das Volk anspornen zu einer (angeblich) schöpferischen Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung.“ Nur durch reifliche Befolgung der Wasparole

Eiserne Front gegen Hitler-Barone wird dem deutschen Volke und seiner Jugend, Hitlers Arbeitszuchtshaus des Dritten Reiches erspart bleiben.

## Herunter mit der Maske!

Fragen, die die Salzsteuer-Armer betreffen.

Die Nazis leben von der Vernebelung der Köpfe. Sie sind dunkle Gezeiten, die nur im Trüben fischen können. Wenn die Dinge klargelegt werden, sind sie bald mit ihrer Maske zu Ende. Darum ist es unsere Aufgabe, immer wieder die Köpfe von schmutzigen Pfaffen zu zerreißen und die Nazis dem ganzen Volke als das zu zeigen, was sie von jeher waren, was sie heute sind und was sie für immer bleiben werden.

Das ist gar nicht schwer. Wir müssen nur Tag für Tag im Betrieb, vor den Arbeitssäckern, im Wirtschaftsall denen, die noch immer das Heil vom Dritten Reich erwarten, ein paar Fragen vorlegen. Wir müssen sie fragen:

Wie kommt es, daß sich zu dieser Partei, die angeblich sozialistisch und eine Arbeiterpartei ist, gerade die Reichsführer der Reichs, die Schatzkammer und Ausbeuter hingezogen fühlen?

Warum grüßt der Großkapitalist Haffner den Führer dieser „Arbeiter“-Partei mit dem Rufe „Heil Hitler“? Warum sendet diese Partei nur so wenige Arbeiter in die Parlamente? Warum vertritt sie die Vertretung von Arbeiterinteressen einer ausverkauften Schaar von Prinzen, Grafen, Baronen, Großgrundbesitzern, Fabrikanten, Generalen an?

Warum schreibt der „Völkische Beobachter“ am 22. August 1931:

Der politische Führer Deutschlands soll den Tarifstaat zerbrechen!

Warum rufen die Nationalsozialisten das Volk nicht auf zu Massenflur gegen die Hungernotverordnung der Baronsregierung?

Warum nimmt diese Arbeiterpartei von Industriellen und Großgrundbesitzern Geld?

Womit bezahlen die Hitler und Goebbels ihre Kurzaufos?

Warum müssen sie in Zeiten solcher Not sich ausgerechnet die teuersten Automobile anschaffen?

Warum steht man vor den Versammlungsstätten der SPD, keine Kurzaufos, warum steht man in den Mengen vor den Versammlungsstätten der Nazis?

Warum überfallen die SA-Banden immer nur Arbeiter? Wann ist die SA, jemals gegen die Kapitalisten gegangen?

Wovon bezahlt Hitler die Kaserne und das Essen für die SA? Wovon bezahlt er ihre Kantine, ihre Uniformen?

Warum geben ihm die Kapitalisten Geld dafür? Das, Kollegen und Freunde, fragt sie jeden Tag! Es wird nicht lange dauern und sie werden euch die Antwort schuldig bleiben.

Sie können auf diese Frage nicht ehrlich antworten, denn sie sind eben die ausgeschalteten Reitenhunde des Großkapitals.

## So beginnt das Reich Hitlers!

Das nationalsozialistische Staatsministerium in Anhalt hat die erste

Kampf- und Lehrabteilung des freiwilligen Arbeitsdienstes

in Stärke von 215 Freiwilligen aufgestellt. Es soll zunächst das nötige Aufsichts- und Verwaltungspersonal für die kommende „Arbeitsgruppe“ ausgebildet werden. Die Ausbildung dauert drei Monate. In Frage kommen Reichsangehörige im Alter von 19 bis 32 Jahren.

Militärische und technische Vorkenntnisse sind erwünscht. Verheiratete kommen nur in ganz besonderen Fällen in Betracht. Für die dreimonatige Ausbildungszeit werden vom Staate geboten: freie Unterkunft und Verpflegung, freie Bekleidung (Uniform, Arbeits- und Sportkleidung, Wäsche) und ein tägliches Taschengeld.

Die „Kampfabteilung“ des freiwilligen Arbeitsdienstes ist nichts anderes als die Hitlerische Prätorianergarde des Bürgerkrieges, zumal die militärischen Vorkenntnisse von Neunzehnjährigen nur in der SA. bei ihren Überfällen auf organisierte Arbeiter erworben sein können.

Die Reichsregierung schweigt dazu. Die deutsche Arbeiterschaft aber wird am 31. Juli laut und vernehmlich ihre Meinung sagen.



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig.

# Das nennt die KPD. Einheitsfront!

Die KPD und ihr voran die „Rote Fahne“ macht bereits seit Wochen in Einheitsfrontgewinn. Deshalb ist nötig, einmal dazwischen zu leuchten, um zu zeigen, wie vor allem die „Rote Fahne“ die proletarische Einheitsfront aufbaut. So war der „Vorwärts“ für fünf Tage verboten, weil er scharf den Kampf gegen die Hitler-Notverordnung und das Hungerbrot der Papen-Regierung führt. Dies Verbot gab der „Rote Fahne“ ganz besonders Gelegenheit, nunmehr über den wehrlosen „Vorwärts“ herzufallen und ihn, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften geradezu mit Mistkübeln zu überfüllen. Leber das „Vorwärts“-Verbot empfand dieses kommunistische Zentralorgan offenkundige Schadenfreude. Und dann legte es los mit den schmutzigen Verurteilungen gegen die Sozialdemokratie und die ihr verwandten Organisationen. Während sich die Arbeiterklasse voller Empörung gegen die Hunger-Notverordnung der Papen-Regierung, gegen das Hitler-Hungerbrot wendet und ihren Widerstandswillen gegen schließliche Unterdrückungsversuche in jeder Weise zum Ausdruck bringt, erzählt die „Rote Fahne“ ihren aufständischen Lesern, die Sozialdemokratie habe „nur Knechtschaft und Sungen in Deutschland geschaffen“. In dieser Frage marschiert sie eben in geschlossener Einheitsfront neben den Faschisten, den Jugenberatern und allen sonstigen Anti-Maxillern. Nach wie vor richtet sich die Spitze des Kampfes der kommunistischen Partei gegen die Sozialdemokratie, wobei die tollsten Beschlagen geradezu auf genug sind. Zum Überflus macht sich der Führer der Kommunisten, Ernst Thälmann, dabei, den Sinn des Kampfes der Antifaschistischen Aktion der KPD, als ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Entlassungsmandat auszulassen.

In geradezu glänzender Weise besorgen so die „Rote Fahne“ und ihre Komplizen wie überaus die ganz kommunistische Partei die Beschläge der Reaktion. Ein Blick in irgendeine Nummer irgendeines kommunistischen Blattes kann jeden davon überzeugen. Nur einige Proben aus der „Rote Fahne“ aus der Zeit des „Vorwärts“-Verbot. Wahlos seien die Nummern vom 6. und 8. Juli herausgegriffen. In der Nummer vom 6. Juli finden wir sinnvoll verteilte folgende Ueberschriften in grellen Schlagzeilen: „Papen durch SPD-Opposition ermordet!“, „Weimarer Koalitionsprelle bestatigt SPD-Schwarz auf Schwarz!“, „Die polizeilich genehmigte Demonstration durch SPD-Organisator mit Waffengewalt aufgelöst!“, „SPD-Jugend, ist das auch deine Erlernen Front?“, „Wer hilft der Reaktion!“, (natürlich die SPD), „Gewerkschaften bestatigt Schlingenspieler gegen streikende Arbeiter!“, „So kämpft SPD-Politminister gegen faschistische Sozialreaktion!“, „Gewerkschaften erschließt Erwerbslosen!“, „Frick und Ebbe (natürlich) decken die Tribut-Gehimverhandlungen in Kaufmann!“, „Erinnern Sie sich, Herr Welt?“, „Nazi-Epistel im Dienste der SPD-Polizei!“, „SPD-Arbeiter, was sagt ihr dazu?“, „Organisator-Polizei jagt Rote-Hilfs-Kundgebung auseinander!“, „SPD-Wahlbündnis mit den Millionären der Staatspartei!“

Diese knalligen, fettgedruckten Schlagzeilen nebst obligem Text finden wir in einer Nummer der „Rote Fahne“. Zur Ergänzung seien auch noch die gleichfalls knalligen, sich gegen die Sozialdemokratie wendenden Schlagzeilen aus der Nummer vom 8. Juli erwähnt. Dort heißt es: „Von Hitler bis Welz für Papens Erfüllungspolitik!“, „Worüber wir nicht schweigen werden!“ (in diesem Artikel wird in Fettdruck nur auf SPD, Gewerkschaften, den ADGB, und das Reichsbanner geschimpft); „Gute Patrioten, sagt Gewerkschaft!“, „Wer ist der Kampf der SPD-Führer gegen Papen und Hitler?“, „Ein weiseres Lebensopfer der Gewerkschaften!“, „Die Bestrafung des Stimmzettels!“ (ebenfalls ein Artikel, der sich nur gegen die Sozialdemokratie richtet); „Gewerkschaften erschließt Anti-Faschisten!“, „Volksgemeinschaft für Arbeitslosenpflicht!“, für den faschistischen Arbeitsdienst von den Nazis bis zum ADGB; „Mit dieser Partei (Zentrum) schließen die SPD-Führer Burgfrieden!“, „Die der SPD-Betriebsrat den Kampf gegen den Faschismus verhindert!“, „SPD-Arbeiter gegen ihre Führer!“, „Das ist die Organisations-Polizei!“, „Und zum Schluss: „Macht den Angriff der SPD-Führung auf die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse zunichte!“

Die hier zuletzt angeführte Schlagzeile ist ein ganz besonders blutiger Hohn. Ein Blatt, das in dieser schandbaren Weise operiert, magt noch obenrein zu behaupten, nicht die KPD, sondern die SPD, mache die Einheitsfront der Arbeiter zunichte! Zusammenfassend sei zu dem Text zu den hier angeführten Schlagzeilen gesagt, daß darin geradezu ein Schandstück vorliegt, das sich sogar im Liebesheft-Sinn die Backen hiegen. Wir können unmöglich diesen ganzen Eigenwitz an dieser Stelle verpöhlen. Aber ein ganz besonders lässiger Schwindel sei hier hervorgehoben. In dem Aufsatz „Wer hilft der Reaktion?“ wird mehr frech als frei gesagt, die Regierung Hilferding-Wissell habe die Unterfahrgänger für arbeitslose Salonarbeiter von 26 auf 6 Wochen herabgesetzt! Welchen wie gedruckt! Wahrlich, im Lügen und Verleumdungen machen sich die Nazis und Nazis unbertreffliche Konkurrenz! Aber wie tief muß wohl die „Rote Fahne“ das Wissensniveau ihrer Leser einschätzen, daß sie es wagen kann, ihnen solchen habnebüchigen Schwindel vorzulesen!

Natürlich schreibt die „Rote Fahne“ auch gegen die Nazi-Partei. Aber während sie die SPD, und ihre Anhänger und Freunde im Hauptblat und vornehmlich auf der ersten Seite bespuckt und verlästert, müssen sich die Nazis in der Hauptsache und in der Regel mit der zweiten Beilage begnügen ...

Eigenartig muß es um den Geisteszustand und den Willen in dieser Partei und ihrer Presse bestellt sein, wenn sie selbst in dieser Zeit, in der es gelten müßte, die Spitze des Kampfes nur gegen die Faschisengefahr zu richten, dennoch nicht von ihrem altmodischen Standwerk der Verleumdung und Schändung von Arbeiterintereffen abkommen kann. Vor allem knüpft sich die „Rote Fahne“ auch die Sozialversicherung vor und hängt jede Verflechtung in diesen Einrichtungen der SPD, an die Rockschöße. Und schließlich ruft das Blatt aus, die Sozialdemokratie habe Sungen und Knechtschaft geschaffen! Man möge sich nur einmal daran erinnern, wie hoch beispielsweise die Sätze der Arbeitslosenversicherung unter dem Kabinett des Sozialdemokraten Herrmann Müller waren. Sie waren damals fast doppelt so hoch als heute. Und daß der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung heute nicht mehr so stark ist als damals, ist zu 90% die Schuld aller derer, die in die Verleumdungstropfen der kommunistischen Partei nach Kräften hineingekaut haben und nach diesen schmerzenden Klagen, marschieren sind. Die „Rote Fahne“ entblüht sich sogar nicht, die Maßnahmen der Freiherren-Regierung zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben. Sie läßt ferner, die Sozialdemokraten seien zu Dapl und Hindenburg gegangen, um sich dort den Befehl geben zu lassen, die Einheitsfront der Arbeiter zu zerstören. Und so etwas behauptet die „Rote Fahne“ ausgerechnet zu einer Zeit, wo der „Vorwärts“ verboten ist. Sollte solcher und ähnlicher Blödsinn auch nur von einem einzigen Arbeiterleser der „Rote Fahne“ wirklich geglaubt werden?

## Zum 31. Juli.

Das ist die Zeit der hohen Eitel, der Pbralen und der Hitzekiffel, die Wüste feht der Volksbetrug! Die Augen auf, den Arm gestreck, wir Arbeitermänner sind die Kraft und haben jeht genug!

Genug der Schmach, genug des Lumpens! Genug der Not, genug des Hungers! Genug mit euerm Zug und Trug! Die Augen auf, den Arm gestreck, wir Arbeitermänner sind die Kraft und haben jeht genug! Hermann ROL

Wir sind einmal in die Kloake der KPD, hinabgestiegen, um zu zeigen, in welcher ungeheuerlicher Weise die KPD, beugt, wenn sie verliert, die Einheitsfront des Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus zu mollen. Mit ihren fortgeschrittenen Verleumdungen und Verdrehungen ist die KPD, der größte Feind jeder Einheitsfront der Arbeitererschaft in diesem schweren Wahlkampfe und der vorzüglichste Bundesgenosse des Faschismus. Den Lohn dafür erhält diese auch-Arbeiterpartei schon jeht, indem man ihre Presse unbehelligt erscheinen läßt, während SPD-Blätter verboten werden. Nach wie vor bleibt für die KPD, der „Haupfeind“ die Sozialdemokratie. D, ihr Meister der Zersplitterung und Verleumdung, es kann noch ein böses Erwachen geben, und des Fluchens der Arbeiterkraft dürft ihr dann sicher sein! Die Prüfung für euer gemeinsames und verderbliches Handeln wendet ihr bereits am 31. Juli aus!

Damit hätten wir unserem Herzen zur Aufklärung und zu Zug und Frommen aller Arbeiter, die die Einheitsbewegung von Herzen wünschen, Luft gemacht. Und nun wollen wir uns, da wir stets für Reinlichkeit sind, die Hände waschen ...

## Der Wohnungsbau 1931.

Nachdem sich der Wohnungsbau drei Jahre lang mit nur ganz geringen Schwankungen auf dem Höchststand gehalten hatte, der als Ergebnis zielbewusster Bekämpfung des Wohnungslebens in mehrjährigem keilem Anstieg erreicht worden war, ist er im vergangenen Jahr sehr erheblich, um etwa ein Viertel, zurückgegangen; die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ging nur wenig über eine Viertelmillion hinaus. Diese Angabe beruht auf freilich nur das monatspolitische Ergebnis der Bauaktivität des vergangenen Jahres. Arbeitsmarktpolitik gesehen ist der Rückgang noch viel größer, weil die Wohnungen, die im Berichtsjahr fertiggestellt wurden, im Durchschnitt wesentlich kleiner und einfacher ausgestattet sind als die Wohnungen, die in der Hochkonjunktur von 1928/29 oder auch in dem noch immer sehr guten Jahr 1930 gebaut worden waren. Unter Berücksichtigung dieser beiden Umstände wird sich der Beschäftigungsausfall im Wohnungsbau von rund einem Viertel auf vier Sechstel erhöht haben. Aber auch diese Zahl besagt noch nicht genug. Denn sie berücksichtigt nur die Arbeit, die auf die fertiggestellten Wohnungen verwendet wurde, nicht aber den Aufwand, der in Wohnungen steckt, die bei Jahresende noch im Bau waren. Deren Ausfälle aber sind noch weit größer als die für die Fertigstellungen; denn bei dem Bau von 6 Millionen mußte sich die Zahl der Beschäftigten naturgemäß viel stärker zurückgehen als bei den Fertigstellungen. Deren Zahl ist durch den Bestand an Wohnungen, die noch vor Beginn der Notverordnung in Angriff genommen waren, erheblich verbessert worden. Man dürfte nicht zu pessimistisch urteilen, wenn man den Arbeitsaufwand für den Wohnungsbau des vergangenen Jahres insgesamt um die Hälfte niedriger schätzt als den Aufwand, der im Jahre 1930 erforderlich war.

Wenn der Wohnungsbau schon in den Jahren der Hochkonjunktur auf dem Lande und in den Städten mittlerer Größe nachgelassen hatte, so hat diese Entwidlung im Berichtsjahr auch auf die Großstädte übergegriffen. Zur Zeit ist der Wohnungsbau also überall auf dem Rückzug. Besonders hervorzuheben ist, daß nicht nur die Neubautätigkeit im eigentlichen Sinne des Wortes zurückgegangen ist, sondern auch der Umbau nicht seinen früheren Stand halten konnte. Wir bezeichnen diese Tatsache als besonders auffallend, weil der Umbau von Wohnungen in den Arbeitsbeschaffungsprogrammen der letzten Zeit stets eine wichtige Rolle gespielt hat. So bebauerlich es ist, daß die Hoffnungen, die auf den Wohnungsbau in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht gesetzt werden, einer näheren Kritik nicht standhalten, so verfehlt wäre es, die Tatsache zu leugnen. Die

Gründe für die nachlassende Bedeutung des Umbaus, die übrigens schon Jahre hindurch andauert und sich von Jahr zu Jahr steigert, dürften vor allem darin zu suchen sein, daß der Bedarf an umzubauenden Wohnungen verhältnismäßig nur gering und im Sinne eines Umbaus immer schwerer zu decken ist, weil zunächst einmal gerade die Wohnungen umgebaut werden, bei denen sich die Leistung am ehesten bewerkstelligen läßt.

## Bauarbeiterlöhne und Mieten.

Bis in weisse Kreise des Volkes hinein wird die falsche Meinung vertreten, daß die „hohen“ Bauarbeiterlöhne an den hohen Mieten schuld seien. Zwar wird angelehnt des enormen Einbruchs in das Lohnniveau der Bauarbeiter der Chorus der Schriller wahrheitsfalsch — ganz bestimmt ist auch dies noch nicht — kleiner werden. Trotzdem ist eine Gegenüberstellung zu dem Zweck, auch dem letzten Schreier den Mund zu stopfen, sehr nützlich. Die für die baugewerbliche Produktion aufgewendeten Löhnschuppen werden in den Jahresberichten der Baugewerkschaften und Berufsvereinigungen veröffentlicht. Der Wert der gesamten baugewerblichen Produktion veranschlagt jeweils das Institut für Konjunkturforschung. Eine Gegenüberstellung der Summen ergibt einen Lohnanteil, der in den Jahren 1924 bis 1929 von 38,3 auf 33,7 % sank. Eine von dieser Errechnung unabhängige Erhebung der Bauhilfsverbände weist für die Jahre 1925 bis 1929 einen Lohnanteil zwischen 41 und 34 % aus. Beide Berechnungen weisen trotz Lohn-erhöhungen eine bestimmte Verminderung des Lohnanteils an den Baukosten nach. Zu den diesen Berechnungen zugrunde liegenden reinen Baukosten sind noch besondere Kosten hinzuzurechnen: Anschlässe, Gebühren, deren Höhe im zusätzlichen Wohnungsbauprogramm mit 10 % als mindestenswert bezeichnet wurde. Der Lohnanteil an den Gesamtbaukosten beträgt demnach tatsächlich etwa 30 %.

Die öffentliche Meinung ist vielfach durch die Behauptung irreführt worden, die „hohen“ Bauarbeiterlöhne seien an den hohen Neubauten schuld. Durchschnittlich dienen 60 % der Mieten der Verzinsung und Tilgung der Baukosten. Von diesem Teil der Mieten sind ein Drittel Baukosten. Demnach würde sich bei einer Lohnminderung von 10 % vor Baubeginn die Miete nur um 2 % verringern. Die Höhe der Mieten ist wesentlich von den Kosten der Baufinanzierung abhängig. Es ist von entscheidender Bedeutung, in welchem Umfange die Wohnbauten mit hochverzinslichem Kapital vom freien Kapitalmarkt oder mit billigen Hypotheken der Sozialversicherungsanstalt, der Sparkassen oder aus dem Hauszinssteueranschlüssen finanziert werden. Je größer der Anteil des niedrig oder hoch zu verzinsenden Kapitals ist, um so höher, je geringer der Anteil ist, um so niedriger ist die Miete. Bei den in den vergangenen Jahren errichteten Wohnungen müßte sich die Miete bei einer Zinsenkung von 1 % bei den ungünstig finanzierten um 5,5 % und bei den günstiger finanzierten Wohnungen bis zu 8 % erniedrigen. Um eine derartige Mietenkürzung durch Lohnabbau zu erreichen, müßten die Bauarbeiterlöhne um 18 bis 26 % abgebaut werden. Dadurch würden aber nur die noch zu bauenden Wohnungen verbilligt werden. Wenn die Baukosten erniedrigt werden sollen, dann muß bei dem wichtigsten Bauelemente angefangen werden, und das ist der Kapitalzins. Es hat sich herausgestellt, daß dem Lohnabbau keineswegs eine Senkung der Baukosten in gleichem Umfange folgte. Wer billigen Mieten verwehren will, wer dem Volke zu niedrigen Mieten verhelfen will, der muß beim Kapitalzins beginnen, muß dem Wohnungsbau den billigsten Kapital zur Verfügung stellen! Und das fordern wir von der Reichsregierung! Wenn sie immer wieder für Sanierungsprojekte große Mittel aufbringen in der Lage ist, dann muß dies auch für den Wohnungsbau möglich sein! Und es ist möglich, es fehlt nur der Wille. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

## Ausbau der vorstädtischen Kleinwohnung.

Der erste Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinwohnung, zu dessen Durchführung die Reichsregierung 48 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hatte, ist nahezu beendet, das heißt, die Mittel sind verteilt. Frühererorts sind die Siedlungshäuser dieses Bauabschnittes in Angriff genommen worden, teilweise schon vollendet. Insgesamt sind im ersten Bauabschnitt 18 000 Siedlerstellen finanziert worden. Die Reichsregierung hat nunmehr für den zweiten Bauabschnitt 25 Millionen Mark bereitgestellt, die zur Errichtung von weiteren 8000 Siedlerstellen ausreichen sollen. Der Siedlungs-Kommission verbleibt nur noch ein Monat in seinem Amt, am 1. August gehen seine Befugnisse auf den Reichsarbeitsminister über. Die Prüfung der Pläne für den zweiten Bauabschnitt übernehmen die Landeszentralbehörden. Die Verteilung der neuen Mittel soll beschleunigt vorgenommen werden. Antragsteller, die die Landbeschaffungsfrage bereits gelöst haben, werden bevorzugt. Die Architekten und Verbandsvorsitzenden sind teilweise geändert worden. Die Gemeinden können die Durchführung der Siedlung an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften übertragen, ohne daß sie wie bisher die Bürgerschaft für das Reichsbauwerk übernehmen müssen. Richtig wird nur noch Gemäßleistung für die Durchführung und Fertigstellung des Siedlungsprojektes gefordert. Auch auf die Gemäßleistung kann noch verzichtet werden, wenn die Durchführung des Siedlungsprojektes an bautechnisch und finanziell zuverlässige Siedlungsgesellschaften übertragen wird. Es ist ferner vorzulegen, daß die Gemeinden einzelne Siedler und rechtsfähige Siedlergesellschaften, die über das erforderliche Land verfügen, in das Siedlungs-

**Jeder „Grundstein“ ist Munition im Kampf gegen die Hitler-Papen-Reaktion.**

**Jede Nummer muß gewissenhaft verbreitet werden.**

**In keiner Baugewerkschaft oder Zahlstelle darf unser Bundesorgan unnütz liegenbleiben.**

**Auch gelesene Zeitungen gebe man weiter.**

**Laßt keinen heraus!**

Laßt keinen heraus aus Sitzungen,  
aus Verammlungen,  
aus Kundgebungen,  
aus Festveranstaltungen,  
aus jeder sonstigen Zusammenkunft

bevor er nicht sichtbar das Freiheitszeichen trägt!

**die drei Pfeile!**

merk einbezogen können. Die Gesamtkosten einer Siebler- stelle dürfen 3000 M nicht übersteigen.

Diese strenge Bestimmung, so gut sie gemeint sein mag, hat schon bei dem ersten Baubehschnitt zu großen Schwierigkeiten geführt und die Einschaltung des freien Baugewerbes mit farblich entlohten Kräften in vielen Orten verhindert. Für eine Verringerung des Baukostenhöchstbetrages um 300 bis 500 M hatten sich aus allen Teilen der Wirtschaft zahlreiche Stimmen erhoben. Trotzdem hat der Reichsbauleitungskommission keine Verringerung vorgenommen. Die inzwischen geltenden Baukosten und Löhne ermöglichen es seiner Meinung nach, die Sieblerbauten entsprechend den vor- geschriebenen Anforderungen für den Höchstpreis von 3000 M zu errichten. Lediglich für Siebler mit kinderreicher Familie sind Erleichterungen geschaffen worden. Siebler mit vier und mehr Kindern erhalten einen Baukostenzuschuß von 120 M. Für Siebler mit sechs und mehr Kindern wird eine Erhöhung der Baukosten von 3000 auf 3500 M zu- gelassen. Im letzteren Falle kann ein zusätzliches Reichs- darlehen von 500 M gewährt werden; jedoch wird zur Be- dingung gemacht, daß die zusätzlichen Mittel zur Vergrößerung der Räume benutzt werden.

### Tagung der Tiefbauunternehmer.

Am 21. Juni tagte in Berlin der 32. ordentliche Ver- bandstag des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbau- gewerbes. Es wurden eine Anzahl aktueller Vorträge ge- halten, die u. a. die Wohnfragen und den Arbeitsdienst, letzteren sogar mehrfach, beschäftigten. Aber der Bericht der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ teilt lediglich mit, daß solche Vorträge gehalten wurden, ohne Näheres mitzuteilen. Ein- gehender Aufschluß ergibt sich aus der Stellungnahme der Tiefbauunternehmer zum freiwilligen Arbeitsdienst. Gegen diesen machen die Tiefbauunternehmer nach wie vor (starke Bedenken geltend. „Die im freiwilligen Arbeitsdienst und bei einer Arbeitsdienstpflicht konstituierte Wirtschaftsform könne grundsätzlich vom Standpunkt der Privatwirtschaft keineswegs gebilligt werden.“ — Gegenüber der Reichs- regierung und der Öffentlichkeit wurde erneut zum Aus- druck gebracht, daß der freiwillige Arbeitsdienst und die Einführung der Arbeitsdienstpflicht geeignet sind, den Tief- bau in seinen Hauptarbeitsgebieten aufs schwerste zu schädigen und den freien Arbeitsmarkt maßgebende Zelle zu entziehen. Die freie Wirtschaft nimmt demnach, wenn es sich um ein Instrument, das in Krisenzeiten für anomale Seiten geschaffen wurde, sich zur Schädigung der Privatwirtschaft auswirken zu lassen.“ Es wird wiederholt und nachdrücklich die Einschaltung des Unternehmers gefordert; und es wird auch darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftlichkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes nur geprüft werden darf an Hand der gesamten Kosten der Arbeiten und nicht nur unter Berücksichtigung der Ersparnisse für den einzelnen Träger der Arbeit. Der Reichsverbandsvorstand des Deutschen Tiefbaugewerbes steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der freien Arbeit und der Rotkundsarbeit auf jeden Fall der Vorzug zu geben ist.

## Die Freiheitspreise



**Der erste Pfeil heißt: Aktivität!**  
Sich rühren und werben von früh bis spät!  
**Der zweite Pfeil heißt: Disziplin!**  
Zu Zucht und Straffheit sich erziehen!  
**Der dritte Pfeil heißt: Einigkeit!**  
Eisern die Front in schwerster Zeit!

### Förderung des Wohnungsbaus in Baden.

Das badische Ministerium des Innern hat Mitte Juni neue Richtlinien betreffend Förderung des Wohnungsbaus an die Bezirksämter (Wohnungsverbände) herausgegeben. Den Richtlinien ist zu entnehmen, daß in den Jahren 1926 bis 1930 im Jahresdurchschnitt je 16,9 Millionen Mark für den Wohnungsbau ausgemessen wurden. Die Summe verringerte sich für das Jahr 1931 auf 7,5 Millionen Mark und wird für die Jahre 1932 und 1933 noch wesentlich geringer sein. Das badische Innenministerium rechnet für 1932 mit nur 2 369 000 Mark und für 1933 mit 3 488 000 Mark. Die Mittel des Staates sollen lediglich den Gemein- den und Wohnungsverbänden gegeben werden. Eine Zuteilung an einzelne Personen kommt nicht in Betracht; ausgenommen sind Darlehen und Zuschüsse für Beamten- wohnungen. Das badische Innenministerium will die ge- ringen Mittel in erster Linie als Darlehen und Zuschüsse zur Instandsetzung von Altpföhlungen und zur Umwandlung großer in kleine Wohnungen verwenden. Neubauten sollen mit diesen Mitteln nur ausnahmsweise gefördert werden. Zur Stärkung des Neubauselbstes dürfen die Städte und Wohnungsverbände nicht nur ihre Einnahmen, sondern, wenn notwendig, auch ihr Vermögen verwenden. Inher- dem hat der Staat 700 000 M bereitgestellt.

### Bongzen und Oberbongzen.

Wen Paul Löbe.  
Was ist ein Bongze? Eigentlich ein buddhistischer Priester. In der Nazi-Sprache ist es ein ehemaliger Ar- beiter, der jetzt als Partei- oder Gewerkschaftsfunktionär amtiert, oder einer, der wegen seiner persönlichen Eignung und seiner Parteigehörigkeit in ein staatliches Amt be- rufen wurde.  
Braun und Severing, Wels und Thalmann sind nach dieser Anschauung Bongzen.  
Was aber ist Adolf Hitler? Der war früher Anstreicher oder Dekorateur, ist nach dem Krüge Parteihauptling ge- worden und lebt seit zehn Jahren von den Geldern seiner Partei. Er ist also ein Oberbongze! Mehr noch: Um deut-

scher Staatsangehöriger zu werden, wurde er zum Schein und ohne jede Kenntnis zum Braunhweigschen Re- gierungsrat ernannt — er ist also Bongze in doppelter Eigen- schaft.

Was ist Herr Straßer? Er war früher Apotheker in Landshut i. Bayern. Seit zehn Jahren lebt er von der Partei, ist Organisationsleiter der Nazis, also in ihrer Sprache ein Bongze.

Was ist Herr Klages in Braunshweig? Wegen seiner Nazi-Gelehrigkeit Minister des Braunhweigschen Staates geworden, würde auf ihn die gleiche Bezeichnung zutreffen.

Was ist Herr Röder, Ministerpräsident in Oldenburg? Er war Handlungsgehilfe in einem Kaufgeschäft, ist seit 1928 Gauleiter der Nazi-Partei und wurde von der Partei be- zahlt. Jetzt ist er Ministerpräsident in Oldenburg, also in der Nazi-Sprache ein ausgewählter Bongze.

Goebbels, Graf Reventlow, Dr. Rosenfeld, Feder, sie alle leben in irgendeiner Form von den nationalsozialisti- schen Partei- und Zeitungsunternehmen, sind also Bongzen, Oberbongzen, Mandarinen.

Der Reichstag hat unter 107 nationalsozialistischen Ab- geordneten über dreißig Bongzen, im Preussischen Landtag sind es doppelt so viel. So widerlegen die Nazis ihre eigenen Schlagworte — die geboren wurden nur aus Haß gegen die Arbeiterklasse.

Schämen müssen sich die Leute, die sich selbst Arbeiter- partei nennen, und die sich selbst beschämen, indem sie jemanden die einfache arme Herkunft vormerken.

Oder haben die Bongzen ihre Pflicht nicht getan?

Wer hat die Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt? — die sogenannten Bongzen;

wer hat die Sorge der Invalidenversicherung dauernd heraufgeholt? — die sogenannten Bongzen;

wer hat Mutter- und Waisenrenten für die Arbeiter- klasse eingeführt? — die sogenannten Bongzen;

wer hat Millionen Arbeiter aus den Mietskasernen in Sieblungen untergebracht? — die sogenannten Bongzen;

wer hat die Heilversicherungen in den Krankenkassenver- sicherungen und Städten eingeführt und Tausende in Er- holungshäusern und Bädern untergebracht? — die so- genannten Bongzen;

wer hat die Theater für die Leute aus dem Volke erst ge- öffnet? — die sogenannten Bongzen.

Mit Anerkennung ist die Tätigkeit sozialdemokratischer Bürgermeister, wir nennen nur Weims in Magdeburg, Brauer in Altona, Holmrich in Mannheim, Rache in Breslau und viele andere, auch von den Begnerten stets be- reuert worden, weil sie der Gemäßheit ihrer Bürger dienen.

Die Bongzen der Nazis haben bisher nichts gezeigt als ihr großes Maul. Sie haben weder in Thüringen noch in Braunschweig noch in Weidenburg Vorbildliches ge- schaffen, sondern die Entwicklung rückwärts gedreht und daselbe auch jetzt im Reich begonnen. Deshalb:

### Nieder mit den Bongzen des Hakenkreuzes!

# Unterhaltung und Wissen

### Sonnenuntergang.

Es ist immer ein herrlicher Anblick, die Abendsonne in prächtigem Glanze untergehen zu sehen. Dieses Schauspiel erhöht sich an Eindringlichkeit und Reiz, wenn es tagsüber geregnet hat und plötzlich zum Abend ins lauchende Sonnen- schein erbrut.

Den Tag über hat es geregnet. Abgepannte Arbeiter, die infolge des verdrießlichen Wetters ihre Müdigkeit beson- ders stark fühlen, verließen die Arbeitsstätte. Die Stim- mung ist fröhlich und wirthlich.

Aber plötzlich ist diese Stimmung verändert. Der Regen hat aufgehört. Im Westen hat sich der Himmel auf- gehellt. Die hohen Wolken haben sich verteilt. Ueberall wird es licht. Und ein azurblauer Himmel leuchtet zwischen weißen Wölkchen. Und nun sehen wir die Allmutter Sonne. Der westliche Himmel brennt in roter Glut. Eine Farben- symphonie von einfarbiger Schönheit. Ein blutroter Kern, der allmählich ins Rosa übergeht.

Ueber dem Himmelsschein der Sonne färbten sich Wolken. Sie gleichen Felsen, von einem großen Block lö- gerissen, und nehmen bizarrste Gestalt an. Die Sonne färbt gleichsam auf sie ab. Auch sie funkeln in leuchtendem Rot und Gelb. Ueberall am Horizont helles Leuchten, funkelnde Glühbirnen, flutendes Lobern. Bis weit in den Dstimmeln hinein glühend rotes Gewölke.

Die Menschen bewundern dieses herrliche Farben- spiel der sinkenden Sonne. Sie sind in Andacht verfunken. Er- hebende Größe der Natur spricht zu den Menschen.

Der Blick gleitet aber auch dorthin, wo die finstere Nacht heranzieht. Dort sind die Farben nicht so eindring- lich, geschwächt, sondern in seinem Abglanz, und doch sind auch sie eindrucksvoll. Ein zarter Widerschein legt sich auf Häuser und Bäume, auf Baum und Strauch. Wie ein fein abgelesenes Pastell erscheint die sonst so bde Straße mit ihren leichten Häuserfronten und gleichgerichteten Fenstern. Ein bezaubernder Hauch romantischer Poesie legt sich über die farbenverklärten Straßen.

Man glaubt sich in eine schönere Welt versetzt. In eine Welt des Geistes, des Friedens. In eine Welt, in der alles harmonisch geklärt ist und in der alle unsere Ideale Wirklichkeit geworden sind. Kurzschäftiger Egoismus weicht, engstirnige Wichtigkeitsverfolgung, Glend und Not, Schmerz und Sorge schmelzen. Alles erscheint vollkommen und sinnvoll.

So ist man der Wirklichkeit entrückt. Allerdings nur für kurze Zeit. Dann weicht die dunkle Nacht wieder dem Tage und der neue Tag bringt wieder mit sich die rauhe Wirklichkeit. Aber könnte nicht die Welt in m e r schön sein? Wäre das Leben auf der Erde nicht friedvoll und harmonisch, wenn die Menschen einander verstanden und Egoismus, Geiz und Zwietracht verschwänden? Sicherlich. Aber es wird noch vieler Mühen bedürfen, um das Erden- leben in schönster Sonnenpracht aufleuchten zu lassen.

Paul Löbe.

### Freiheitskampf.

Glaub' nicht, daß du mit Schwärmern die Freiheit leichtlich kannst erlangen, Auch nicht durch Schimpfen und Gespöze; Wirk' du die Freiheit dir erzwingen! Die Freiheit ist kein loser Strand! Auf jenem gelbem Hügelrücken, Den jedes Großmaul, jeder Gauch Kann groß und mühelos sich plündern!

Auch läßt sich Freiheit nicht gewinnen Im Karren- oder Wirtelspiel, Sie muß in deinem Herzen zinnen Als deines Lebens höchstes Ziel! Und dieses Gut, das muß du pflegen Mit Sorgfalt und Beharrlichkeit, Zu jedem rechten Entsegen Gehören Pflege, Ernst und Zeit!

Die Freiheit ist ein hohes Gut, Und wer sie küßlich will erzingen, Der muß sein ungelimes Blut In freige Sucht und Ordnung zwingen! Nicht blinde Stürmeleidenschaft — Nein, froher Freiheitkämpfermut Gepaart mit Manneszucht und Kraft Erringt der Freiheit hohes Gut!

Geis.

### Bauarbeit vor 25 Jahren in Amerika.

Wieder einmal war ich arbeitslos und mußte wandern. Und so fuhr ich auf einem großen Rüstendampfer von Port- land im Staate Oregon W. A. nach San Francisco. Am dritten Tage unserer Fahrt gerieten wir in einen Taifun, wobei unser Schiff stark beschädigt wurde. Erst nach mehrtägiger Umherirren konnte das Wrack von einem Schlepp- dämpfer aufgeholt und nach San Francisco gebracht werden.

In San Francisco war gerade das bekannte Erdbeben gewesen, wodurch beinahe die ganze Stadt vernichtet wor- den war. Deshalb herrschte hier große Vauftätigkeit. Es gelang mir, am Neubau eines Wolkenkratzers Beschäfti- gung zu finden. Die breiten Schäfte mußten bis auf den Zellengrund und oft in großer Tiefe ausgehoben werden. Dort arbeiteten unausgeseht tiefe Pumpwerke, um dem eindringenden Meerwasser zu wehren. Sobald die riesigen Schächte bis zur Kellersohle mit Beton ausgestampft waren, wurden die Fundamente gemauert. Dabei lernte ich ameri- kanische Mauerearbeit kennen. Schon beim bloßen Zusehen standen mir als Neuling die Haare zu Berge. Die Arbeits- zeit währte vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Während der Arbeitszeit war es keinem Kol- legen gestattet, die Arbeit auch nur auf einen Augenblick zu verlassen. Der Voller stand an einer erhöhten Stelle, von wo aus er alles übersehen konnte und entließ sofort

jeden Arbeiter, der mit seiner Arbeit zurückblieb. Von jedem wurde verlangt, an einem Tage bis 4000 Stück Ziegel zu verlegen. Ein Arbeiter mußte mit einem Waflergefäß umher und hat den erschöpften Arbeitern Erfrischungen. Der Lohn betrug bei dieser schrecklichen Schlarvenarbeit betrug allerdings 8 Dollar täglich.

Nach Fertigstellung des Fundaments wurde dann mit dem Aufstellen des zwölf Stockwerke hohen Stahlgerüsts begonnen. Ein Aufhengerüst war nicht vorhanden. Jede Arbeit geschah von innen heraus, und die Bekränne wurden an den Trägern befestigt. Auch gab es auf diesem Bau keinerlei Schutzhörnungen. Von Bauarbeiterfuß keine Spur! Die mit dem Aufstellen des Stengerüsts beschäftigten Arbeiter balancierten mit den Trägern in schwindelnder Höhe. An verschiedenen Ecken waren Feldschienen zum Ausglauben der Rieten aufgestellt. Die noch glühenden Rieten wurden frei auf den Trägern stehenden Männern zugeworfen und von diesen in Wiedgeräten aufgefangen; von dort aus gingen sie an die Rieten.

Sobald für ein Stockwerk des Stahlgerüsts fertiggestellt war, begann das Ausmauern der Funde. Es wurde unten ohne irgendeine Abdeckung und ungedeckt der oben arbei- tenden Eisenmonteur gearbeitet. Schredliche Unglücks- fälle gehörten an diesem Bau zur Tagesordnung. Die Arbeit an diesem Bau war weiter nichts als eine milde Maferei. Arbeit konnte das nicht mehr genannt wer- den. Um nicht zum Krüppel zu werden, machte ich mich bald wieder aus dem Staube.

Das war vor 25 Jahren. Ob es noch heute so aussieht bei der Bauarbeit im Dollarland? Julius Geisler, Chemnitz.

\*\*\*\*\*

### Blumen am Wegestrand.

Blumen blühen draußen am Wegestrand und auf Wiesen. In Fülle bekennt die Natur alle Menschenkinder in gleicher Weise. Sie kennt nicht Klassen, nicht hoch und niedrig, nicht reich und arm. Alle Menschen haben in gleicher Weise ein Recht auf Freude und Schönheit.

Es ist ein eigener Reiz um die Blumen, die Kinder- hand Sonntags draußen pflicht. Aus der Fülle der Natur werden sie uns, aus der großen Fülle des Lebens da draußen. Niemand fragte: Was gibst du dafür? Die Kinder- hand nahm ohne Vorteil und ohne Berechnung. Nur aus Freude.

Es ist ein tiefes, besinnliches Wort, das Hebel einmal ausgesprochen, wenn er sagte, daß gekaufte Blumen keine unzulässigen mehr seien. Was so schön und so rein ist wie eine Blume, verdrängt nicht berechnenden Geiz. Was für Menschenfreude und Menschenliebe geschaffen, wird durch Nutzen und Berechnung entheiligt. Was vom Mammons- geiste dieser Wirtschaft getroffen, das wird in seinem eifersüchtigen Wesen entweiht.

Alles soll dienen dem Menschen, nicht einem Zweck. Aus Fülle soll gegeben werden in gleicher Weise, und darum sollen Menschen auch schaffen nur um des Schaf- fens willen, nicht dafür, daß eine kleine Gruppe von Menschen davon Vorteil hat.

Arbeit, vom Mammonsgeiste geleitet, ist keine heilige Arbeit mehr.

Die Wirtschaftsförderung im Sinne der Gemeinschaft zu gestalten ist Aufgabe gegenüber dem Östlichen. Nur dann ist das Leben befeuert vom Geiste der Fülle und der Gleichheit, der Schönheit und Wahrheit.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 20. Juni 1932.

Table with 6 columns: Kreisverband, Beschäftigte, Arbeitslose, etc. Lists data for various regions like Königsberg, Danzig, etc.

Unser Kampfgruß:



arbeiten aus. Als unsere Kollegen von braunen Bestlern mit „Heil Hitler!“ begrüßt wurden, antwortete einer unserer Kollegen: „Hitler verreck!“ Auf einen Pfiff strzten sich dann 40 Mann dieser Landplage mit Spaten und großen Eisenknütteln auf zwei unserer Kollegen und verkrüppelten sie furchterlich. So sieht es dort aus, wo freiwilliger Arbeitsdienst hauff! Anständige Menschen werden durch die Lohnbrücker vertrieben und zu Boden geschlagen. Sorgf dafür, daß dieses Arbeitsdienstlager verschwindet!

Stargard i. Pomm. (Willkürherrschaft eines Nazi-Gutsbesizers). Am 18. Mai d. J. wurde Kollege Julius Puff von dem Baugeschäft Wilhelm Wittschow in Kallies nach der Gutsverwaltung Glambek bei Reetz in Pommern geschickt. Kollege Puff ist ein ordentlicher, ruhiger Mann im Alter von 61 Jahren, ein alter Veteran im Baugeschäft Wittschow, der auch seine Arbeit durchaus versteht. Einige Kollegen, die den liebevollen Gutsbesitzer Jierold kannten, warnten Puff vor diesem lauberen Herrn. Ein laubere Herr ist der Gutsbesitzer in der Tat. Inseem alten Kollegen schenkte er entgegen: „Die Maurer sind alles Schmeißel und haben lange genug regiert. Nun sind wir erst dran, werden auch schon zeigen, was los ist.“ Weil er widersprochen hatte, sollte Kollege Puff sofort aufhören. Der Grund war folgender: Puff brauchte noch 600 Steine für eine Wand und meinte es Herrn Jierold. Dieser schmeißte los, es gebe keine Steine mehr, erst solle er mal die alten Brocken verarbeiten. Als Puff hierauf sagte, die seien auch schon alle, meinte Herr Jierold: „Na, dann hören Sie auf! Verstehen Sie?“ Aber nach einer Weile kam Jierold zu Puff und sagte: „Na, ich werde lieber 100 Steine mehr bestellen.“ Ueber diesen Vorfall hatte Kollege Puff zu den Gutsarbeitern eine Aeusserung gemacht. Deshalb ist er von dem Gutsbesitzer brotlos gemacht worden, denn als er nach Hause kam, mußte sein „Arbeitsgeber“, der nebenbei gesagt Stahlhelmführer, „schon Bescheid“. Jierold hatte inzwischen einen andern Maurer angefordert. Puff wurde „wegen Arbeitsmangel“, entlassen. Kollege Puff ist Mitglied der SPD. und seit 1920 Mitglied unseres Bundes. Dies ist den beiden Herren wohl jetzt in die Glieder gefahren.

Varrel. (S. L. Wanditen überfallen Bundesmitglied). Am 25. Juni veranstaltete unsere Baugewerkschaft eine Jubiläumsfeier. Nach Beendigung der Feier, als sich die Kollegen Bartels, Kicker und Kunst mit ihren Frauen auf dem Nachhauseweg befanden, wurden sie von Nazis ohne jeden Grund überfallen und blutig geschlagen. Während Kicker und Bartels mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde Kunst so über zugerichtet, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte, wobei äußerst starke Kopfschmerzen feststellbar wurden. Die Nazis haben sich angezeigt worden. In der bürgerlichen Zeitung „Der Gemeinnützige“ wurde die Sache so hingestellt, daß die Kollegen die Nazis provoziert hätten. Das ist unwohl! Kollegen, duldet keine bürgerliche Zeitung in eurer Wohnung. Gebt dem Windel am 31. Juli die Dultung!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperft sind die Arbeiter des Unternehmers Schmayer, Niederbühlau (Eibach). Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter bei Reinfeld wegen unverschämten Lohnabbauvertrages und die Arbeiter der Firma Wieberfeld in Norden wegen Tariffrages. In Wülfer ist das Baugeschäft Johannes Sieners wegen Nichtzahlung des Tariflohnes geperft. In Simmenau (Baugewerkschaft Kreuzburg) sind die Siedlungsbauteile des Unternehmers Schomas Okalek wegen Verweigerung des Tariflohnes geperft.

Töpfer: Geperft sind: In Grimmlach die Firma Seizinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Hirschberg, Ologau, Döhrnsdorf, Bietig, Schwabitz und Waidenburg stehen die Ofenformler im Abwehrstreik.

Schweiz. In St. Gallen befinden sich die Maurer und Handlanger im Abwehrstreik gegen Lohnabbau.

Sozialgesetzgebung

Keine Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung.

Die Drohung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, bei Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auf die öffentliche Arbeitslosenunterstützung ihre bisherigen Leistungen einzustellen, hat sich als nicht durchgesetzt. Der Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß keine Bedenken bestehen, Anrechnungen, die durch eigene Vorzüge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenunterstützung bei Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen a u ß e r A n s a z u lassen. — Diese Maßnahme ist auf eine Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vom 28. Juni zurückzuführen.

Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung.

Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung werden die Vertreter der Unternehmer und Arbeiter in den Gremien der Sozialversicherung aller fünf Jahre gewählt. Die Amtsdauer der jetzt sätigen Vertreter läuft spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 ab. Jedoch hat der Reichsarbeitsminister durch Verordnung vom 25. Juni 1932 die Ablaufzeit um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Die wesentliche Bestimmung lautet: § 1: Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgesetz oder des Reichsknappschaftsgesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr. Die Wahlen zur Sozialversicherung werden also erst in der ersten Hälfte des Jahres 1933 vorgenommen. — Die leitenden Beamten in den Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften bleiben bis auf weiteres auch über das Jahresende 1932 hinaus in Funktion.

Aus dem Bauergewerkschaften

Eberswalde. Opfer einer Unternehmung. Die Schinderei bei der Firma Wendt & Wilhelm, Baugeschäft in Wriezen, Hauptst. Eberswalde, hat ein trauriges Ergebnis gehabt. Die Firma führt in Dammberg Siedlungsarbeiten aus. Die Arbeit wird in Altkord oder Pauschale geleistet. Verdient wird, trotzdem der Tariflohn 87 % je Stunde beträgt, bis herab zu 64 %. Die Arbeiter werden in Kolonnen zu 3 und 4 Mann ausgeführt. Eine solche Kolonne hatte auch unser Kollege Deusing. Er klagte über öfter, daß er mit dem Geld, das für seine Arbeiten verdient wurde, nicht auskomme. Deswegen wurde er beim Unternehmer vorbestraft. Der ihm aber bedeutete, die Kolonne Müller komme doch mit dem Gelde aus. Deusing antwortete: „Ja, die arbeite ich von früh bis spät.“ Der Unternehmer meinte darauf: „Dann machen Sie es doch auch so.“ Als Deusing dann in der folgenden Woche wieder beim Unternehmer vorbestraft wurde, wurde ihm die Entlassung angedroht. Diese Drohung in Verbindung mit dem Umstand, daß trotz Überforderung nicht das Geld für die ganze Arbeit ausreichte, verurlochten bei Deusing einen völligen Nervenzusammenbruch. Deusing verübte Selbst-

mord durch Erhängen. — Kollege Deusing war ein strebsamer, aufrechter und ehrlicher Kollege. Er war lange Jahre als Revolver fähig. Wir betrauern in ihm einen guten, freien Arbeitshilfsmann. Möge ihm die Erde leicht werden! — Denen aber, die noch auf der Baustelle arbeiten, rufen wir zu, sich gegen Unternehmerrückwärts zu wehren. Das ist dringlich notwendig! Dasselbe Ziel hat es auch fertiggebracht, vier Arbeitern, die drei Wochen lang wertvoll Gesehenslohn erhalten haben, den zu viel erhaltenen Lohn an einem einzigen Tage abzutreiben, so daß die Arbeiter mit einem Wochenlohn von 3,40 M nach Hause gehen mußten. Einem Kollegen ist der abgezogene Betrag allerdings wieder ausgezahlt worden; den übrigen aber nicht. — Diese Verhältnisse zeigen, wie notwendig es ist, daß sich die Kollegen im Baugewerkschaftsbund zusammenschließen, und daß sie bei der Reichsregierung die richtige Antwort geben!

Köln. (Beitragskassierer-Jubiläum). Am 1. Juli waren 25 Jahre vergangen, daß Kollege David Ohwald, Maurer aus Dersdorf im Schwabenland, als Hauskassierer unserer Baugewerkschaft tätig ist. Kurz nachdem er in unserer Baugewerkschaft zugewechselt wurde, stellte er sich in den Dienst unserer Organisation. Jeden Sonntag um dieselbe Zeit — ob's regnet oder schneit — betruet er die Kollegen mit dem „Grundstein“ und holt die Bundesbeiträge ab. Daß dies nicht immer so glatt abgeht, insbesondere in der jetzigen Krisenzeit, wo die Frauen ganz besonders mit jedem Pfennig rechnen müssen, davon weiß der David zu erzählen. Wenn es mal ganz schlimm wird, antwortet David im schwäbischen Dialekt, verbunden mit der nötigen Dosis Humor. Dadurch ist er sich die Sympathie aller Kollegen und ihrer Familienangehörigen erworben. Auch sonst ist unser David stets auf dem Posten. Jahrelang ist er Vertreter in der Generalarbeiterammung, und wo er auf der Baustelle tätig war, gab es keine langen Auseinandersetzungen über die Wahl des Bauleiters. Wenn kein anderer bereit war, nahm er sich der Sache an. Aber trotz seiner 53 Jahre denkt David noch nicht daran zurückzutreten, sondern er ist stolz darauf, sich auch noch ferner in den Dienst der Organisation stellen zu können. — Unserem David herzlichen Dank mit dem aufrichtigsten Wunsch, ihn noch recht lange in unseren Reihen zu behalten!



Hammereisen. (Nazi überfallen Bundeskollegen). Unsere Kollegen, die auf der Siedlung Eberswalde arbeiten, müssen bei der Hinreise durch das Dorf Schönau. Dort führen Leute vom freiwilligen Arbeitsdienst Tiefbau-

Aus den Fachgruppen

Reichsarbeitsvertrag angenommen. Der am 14. und 15. Juni von der Verhandlungskommission fertiggestellte Entwurf eines neuen Reichsarbeitsvertrages wurde von allen Vertragsträgern angenommen. Der Vertrag ist am 8. Juli in Kraft getreten. Ueber den Inhalt des neuen Vertrages wurden die Kollegen durch ein ausführliches Rundschreiben informiert. Die Abstimmung in den Fachgruppen ergab bis zum 8. Juli eine zustimmende Mehrheit. Der Vertrag wird umgehend gedruckt, so daß die Baugewerkschaften bald in den Besitz kommen. In allen Zweifelsfragen wende man sich an die Baugewerkschaftsvorstände.

Vom Bau

Rättingen-Wilhelmsbade. Am 30. Juni ereignete sich auf dem Neubau einer Schiffbauwerkstatt der Reichsmarinewerft ein schwerer Unfall. Ein Teil eines Werkes von etwa 7 Meter Länge und 3 Meter Höhe stürzte in sich zusammen. Vier Kollegen, drei Maurer und ein Hilfsarbeiter, wurden verletzt; der letztere so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Nach dem vorläufigen Polizeibericht zu urteilen ist der Unfall durch Verwendung schlechten Werkstoffes entstanden. Eine Strecklänge von 11,5 Zentimeter Durchmesser war ringsum abgeplatzt und moß, so daß lediglich ein Kernstück von 3 Zentimeter Durchmesser verblieb. Unsere Kollegen führen den Unfall auch auf die Treiberlei des Unternehmers Mülders zurück, der den Arbeitern keine Zeit zum Bau eines vorchriftsmäßigen Gerüstes ließ. Mülders sagt jedem der es hören will: „Meine Baustelle ist kein Erholungsheim!“ — Auch dieser Unfall lehrt wiederum, wie notwendig es ist, der Baupolizei auch im Gelände staatseigener und ähnlicher Betriebe das Kontrollrecht zu geben.

Politische Zeitnotizen

Eiserne Front im Angriff. Mit Beginn dieses Monats hat auch nach außen der Kampf um die politische Macht begonnen. Im ganzen Reich sind in wächtigen Rundgebungen die Männer und Frauen der Eiserne Front aufmarschieren haben ihre Fäuste erhoben und mit dem Auf „Freiheit!“ ihren unerschütterlichen Willen bekundet, den Faschismus niederzuschlagen. Judoß Stiller soll an sein eigenes Hakenkreuz geschlagen werden! — Die größte aller Rundgebungen und zugleich auch die bedeutungsvollste, weil sie repräsentativen Wert hat, war nach übereinstimmendem Urteil der Bevölkerung und der gesamten Linkspresse — einschließlich der „Mosen Fabne“, wo man es allerdings zwischen den Zeilen lesen mußte — der Aufmarsch der Eiserne Front Berlins im Lustgarten, allwo in allerdinglicher Nähe am Wusden der alma mater heute die feuchtigste Jugend auf Kosten der Stenergebühren Wissen und Kenntnisse aneignet, um dereinst als „Wüste der Nation“ das Volk zu regieren und zu vermalen. Der Aufmarsch im Lustgarten

war die gewaltigste republikanische Demonstration, die Berlin bisher gesehen hat. Noch niemals hat eine Partei, mögen es Republikaner oder Nazis sein, einen ähnlichen Aufmarsch aufwände gemacht. Niemand hat die Stiller-Partei auch nur annähernd eine solche Massenheiligung erreichen können. Eine große und erhebende Demonstration, die zweimalhunderttausend Demonstranten, Marschierende und Spalierbildende fanden im Banne unseres neuen Symbols, der drei Freiheitspfähle. Ueberall wurden sie begrüßt, begrüßt und durch „Freiheit!“-Rufe gefeiert. Was da in Berlin und in ganz Deutschland als Aufsturz zum Wahlkampf aufmarschierte, waren die Massen wohlwollendster Arbeiter und Arbeiterinnen, waren die Besten des Volkes. Sie wollen keine Junkerregierung, sie kämpfen gegen Stiller und seine Privatarmee, gegen Gewalt und Terror, gegen die von der heutigen Reichsregierung offiziell sanktionierten SA-Kasernen, diese Brutstätten des Bürgerkrieges. Sie wollen Freiheit, politische, wirtschaftliche und kulturelle

